

Bürokratieabbau und Freiheitsaufbau

In Deutschland regeln Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben bis ins letzte Detail. Die über 90000 Einzelvorschriften sorgen dafür, dass in vielen Situationen der Überblick fehlt. Für die Wirtschaft entstehen dadurch nach Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung jährlich Bürokratiekosten in Höhe von rund 46 Milliarden Euro, die über höhere Preise für Produkte und Dienstleistungen auch an die Bürger weitergegeben werden.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind zudem verärgert, weil sie die vielen komplizierten Regelungen gar nicht mehr verstehen.

Der Staat ist damit zu einer Belastung für seine Bürger geworden. Anstatt den Menschen zu nutzen und ihnen Handlungsspielräume zu eröffnen, überfrachtet er sie mit Bürokratie und schränkt sie ein.

Ziel der FDP ist es deshalb, den intervenierenden Staat mit seinem bürokratischen Wust durch einen modernen, moderierenden Staat zu ersetzen. Dieser beschränkt sich darauf, Rahmenbedingungen für die Funktionsfähigkeit eines freiheitlichen Gemeinwesens zu setzen. Der Bürokratieabbau führt gleichzeitig zu einem Aufbau persönlicher Freiheit und Eigenverantwortung!

Der Weg zum modernen, moderierenden Staat führt über diese Maßnahmen:

1. Neue Gesetze sind grundsätzlich daraufhin zu prüfen, ob sie **befristet** und mit einem Verfallsdatum versehen werden können. Gesetze ohne Befristung sind nach 5 Jahren dahingehend zu überprüfen, ob ihr Fort-

bestand notwendig ist.

2. Neue **Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften** des Bundes sind grundsätzlich auf 5 Jahre zu **befristen** und so mit einem Verfallsdatum zu versehen.

3. **Verordnungsermächtigungen** in Gesetzen sind einer strengen Einzelfallprüfung zu unterziehen. Die Bundesregierung muss den Erlass einer Rechtsverordnung begründen.

4. Die sogenannten **blauen Prüffragen** sind ein effektives Instrument zur Gesetzesfolgenabschätzung. Sie sind wieder einzuführen, für jedes Gesetzesvorhaben zur Anwendung zu bringen und die Prüfung ist jeweils zu dokumentieren. Zuständig für die Prüfung der Rechtsförmlichkeit ist das Bundesministerium der Justiz.

5. Bei zu ändernden Gesetzen müssen die federführenden Ministerien zukünftig überprüfen, ob die bestehenden Vorschriften insgesamt **vereinfacht** werden können oder **entbehrlich** geworden sind. Bei der parlamentarischen Beratung ist über das Ergebnis dieser Prüfung zu berichten.

6. Jährlich ist sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ein **Rechtsbereinigungsgesetz** vorzulegen, das nicht mehr erforderliche Gesetze und Rechtsverordnungen in Teilen oder vollständig aufhebt. Ziel ist es, 10% des Regelungsbestandes jährlich auf seine Entbehrlichkeit zu überprüfen. Das wären derzeit auf Bundesebene ca. 200 Gesetze und 250 Rechtsverordnungen.

7. In einem **Bürokratiekosten-TÜV** sind die administrativen Belastungen für Unternehmen und Verbraucher, die aus neuen Geset-

zen und Verordnungen resultieren, im Gesetzgebungsverfahren aufzuführen und hinreichend zu quantifizieren. Dadurch werden die Bürokratiekosten transparent gemacht.

8. Die FDP fordert, zukünftig eine **Bürokratiekostenerstattung** für Unternehmen einzuführen. Es kann nicht sein, dass sich der Staat jeden Handschlag bezahlen lässt, die Unternehmen aber eine Vielzahl von Aufgaben für den Staat kostenfrei erledigen müssen. Dazu zählt zum Beispiel die Berechnung und Abführung von Steuern und Sozialabgaben für Arbeitnehmer. Die Höhe der Erstattung kann sich an den Kosten bemessen, die die Unternehmen für Steuerberater aufwenden.

9. Die FDP will Genehmigungserfordernisse auf ein Minimum beschränken. Grundsätzlich wollen wir dem Anzeigeverfahren den Vorzug vor dem Genehmigungsverfahren geben. Antragstellern soll ein Wahlrecht auf Genehmigung oder Anzeige ihres Vorhabens zustehen und damit das **Genehmigungsverfahren verkürzt** werden. Der Antragsteller kann zugunsten der Beschleunigung auf die amtliche Genehmigung verzichten. Dafür muss er jedoch der Behörde gegenüber Sicherheiten erbringen, alle Kosten tragen, gegebenenfalls entsprechende Bestätigungen von Sachverständigen vorlegen und eine Haftpflichtversicherung nachweisen.

10. Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, für bestimmte Gesetze und Rechtsverordnungen **Experimentier- und Öffnungsklauseln** zuzulassen, die es Modellregionen ermöglichen, bestimmte Regelungen zeitlich befristet außer Kraft zu setzen.

11. Einhaltung des **Subsidiaritätsprinzips** und **Bürokratieabbau** sollten auch in der Europäischen Union mit Nachdruck verfolgt werden.

12. Die Anzahl der **Statistiken** muss deutlich verringert werden. Immer mehr Statistiken führen dazu, dass natürliche Lebensvorgänge immer weiter künstlich aufgespaltet und damit gleichzeitig auch bürokratisiert werden. Durch weniger Statistiken entsteht ein klareres und damit auch durchschaubareres Bild für die Gesetzesschaffung und -anwendung.

13. In allen Verwaltungen soll eine Person als **Ombudsmann/-frau** benannt werden, der/ die den Bürgerinnen und Bürgern für unverständlich formulierte Antworten zur Verfügung steht. Analog zu einem in den Niederlanden erprobten Modell soll es möglich werden, unverständliche Antworten einfach wieder zurückzusenden.

14. Zur Reduzierung unnötiger Behördengänge sind den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen eines e-government umfangreiche Möglichkeiten **elektronischer Antragstellung** einzuräumen (z.B. Ausweise, Führerscheine, Steuererklärungen).

15. Alle Rechtsvorschriften sind den Bürgerinnen und Bürgern **kostenfrei** im Internet zugänglich zu machen.

Hier können Sie selbst Maßnahmen zum Bürokratieabbau anregen:

www.wirmachenseinfacher.de



Birgit Homburger MdB

Landesvorsitzende der FDP,
stv. Vorsitzende der FDP-
Bundestagsfraktion,
Sprecherin für Umweltpolitik
und Bürokratieabbau

Telefon: 030/22771209
Telefax: 030/22776782
E-Mail: birgit.homburger@bundestag.de
Internet: www.homburger.de

Liberaler Bürokratieabbau



FDP Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 133
70197 Stuttgart
Telefon 0711/666 18 -0
Telefax 0711/666 18 12
E-Mail: fdp-bw@fdp.de
Internet: www.fdp-bw.de

Die Kraft der Freiheit.

